

Enteignung nach der Wende?

Kann gar nicht sein, sagen unserer Freunde und Bekannten. Und doch gab es das vielfach, und auch wir sind davon betroffen. Unseren Landesvater, Herrn Selling in einer Bürgerfragestunde in Neukalen mit der Bitte um Unterstützung auf dieses Thema angesprochen, gab es nur freundliche Ungenauigkeiten und ausführliche Antworten, aber den Hinweis der Prüfung. Wir haben alle Unterlagen eingereicht. Leider ist nach über zwei Jahren zu diesem Thema nichts geschienen und von politischer Seite in unserer Landesregierung kein wirkliches Interesse und Bedürfnis einer rechtsstaatlichen Aufklärung erkennbar.

Warum ist die Politik in MV an die Aufrechterhaltung von eingeführtem Unrecht nach der Wende interessiert? Warum gibt es dazu immer noch keine Enquetekommission bei uns, die konkrete Zahl des Unrechts liegt dem Landwirtschaftsminister doch vor?

Es sollten doch blühende Landschaften entstehen! Zurückgelassen wurde viele Betroffenen ohne deren blühenden Landschaften. Wenn es dann wenigstens Enteignungen gewesen wären, dann hätte es einen Ausgleich/Schadenersatz gegeben, nichts gab es, es war politisch gesteuerte Wegnahme. Und weil das Land keinen Vertragspartner bei diesem Geschäft wollte, hat es alle Geschäfte und Verträge mit sich selbst abgeschlossen. Das wäre genau so, als würde ich meine Steuererklärung ohne Kontrolle selbst schreiben und mir die haben attestieren und mir dieses Guthaben auch gleich selbst auszahlen. Selbst Urteile vom BGH, z.B. das von 2007, scheinen in MV noch nicht wirklich angekommen. Gerade unsere heutige Bundeskanzlerin ist doch hier gefordert, denn sie war zu jener Zeit in MV in wichtigen politischen Ämtern, die dieses Thema tangierten. Beweis sei Ihr Brief vom 15. Juni 1999 mit den Kernausagen, das die Vererbbarkeit von Bodenreformland bestand hat und alles was das Land MV ab 1992 getan und veranlasst hat u.a. gegen Artikel 14 des Grundgesetzes verstößt. Gern

würden wir sie nicht nur als Bundeskanzlerin, sondern auch als Vorsitzende des Wahlkreises Stralsund durch Taten an ihre Worte messen.

Aber, die nächste Wahl kommt, eine Landtagswahl. Hier haben wir, der Souverän, die Möglichkeit durch eine fachgerechte qualifizierte Entscheidung zu wählen, wer sich für unsere Interessen einsetzt. Einen ersten Vorgeschmack, wie sich Wahlunterlagen anfühlen, weiß die CDU spätestens nach der Hamburgwahl und jüngst der Wahl des Oberbürgermeisters von Neubrandenburg. Bis her ist weder von der CDU noch von der SPD und insbesondere von Herrn Backhaus ein substanzvoller Beitrag in Richtung rechtsstaatliches Handeln und Wiedergutmachen an die Betroffenen zu erkennen.

Helmut Spinhalla, Loitz

Sie haben einen BLITZ verpasst?

Sie finden alle Ausgaben auch als E-Paper unter www.blitzverlag.de

So sieht der Regen aus

pb/ef, Nicht nur Sonne und Schnee haben ihre Reize – auch der Regen stellt vor allem von Faszinierend aus, hier festgehalten von BLITZ-Leserin Anja Wodrig. Foto: Anja Wodrig

Leserbriefe